

Vorlage Nr. 101.18.2023

11. Januar 2021  
1 von 2

**Kommunale Handlungsfähigkeit verbessern – faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte**

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Haushalt 2021 wird ein Umsetzungsplan mit Finanzbedarf für die folgenden Ziele erstellt:

1. Die Gebäudereinigung wird rekommunalisiert. Die Beschäftigten werden direkt bei der Stadt und ihren Gesellschaften angestellt.
2. Städtische Gesellschaften wie Kassel Marketing, Jafka und Stadtbild werden rekommunalisiert. Die Beschäftigten werden direkt bei der Stadt angestellt.
3. Die Bezahlung nach den aktuellen Bedingungen des Tarifs des Öffentlichen Dienstes wird in alle Gesellschafterverträge von Unternehmen, an denen die Stadt Kassel beteiligt ist, aufgenommen.
4. Über die auskömmliche Mindesthöhe des Zuschlags und der Tariftreueerklärung der Auftragnehmer bei den Vergaben von Aufträgen ist sicher zu stellen, dass die gültigen Tarifverträge in den Betrieben eingehalten werden können.
5. Der Magistrat setzt sich über den Hessischen und Deutschen Städtetag und über die Kommunale Arbeitgebervereinigung dafür ein, dass das Management kommunaler Betriebe in das Tarifsystem integriert wird.
6. Beschäftigte werden grundsätzlich unbefristet eingestellt.

Im Haushaltsplan 21 werden für die auslaufenden (Reinigungs-)Verträge ausreichende Stellen für die Direktanstellung des Reinigungspersonals bereitgestellt.

**Begründung:**

Die Auslagerung von kommunalen Aufgaben an privatrechtlich, organisierte Gesellschaften hat Lohndumping von 10-über 30 % für die einfachen Beschäftigten zur Folge. Insbesondere der Reinigungsdienst wird überwiegend von Frauen durchgeführt, zu deren Lasten seit Jahrzehnten Haushaltseinsparungen vorgenommen werden.

Die Verlagerung von städtischen Aufgaben in ausgelagerte Gesellschaften führt bei dem herrschenden Transparenzstandard zu nicht von der Stadtverordnetenversammlung kontrollierbaren Arbeitsverhältnissen. Oft zu Lasten der einfachen Beschäftigten.

Die Bezahlung der Führungsaufgaben in Kommunalen Gesellschaften hat sich von den Gehaltsentwicklungen des Oberbürgermeisters und der nach dem TVÖD entlohnten massiv entkoppelt. Das Leitungs-Personal Kommunalen Gesellschaften braucht als Qualifikation ein Interesse an nachhaltiger Daseinsfürsorge. Die Orientierung an Ertragsoptimierung und möglichst hohen Gehältern ist eine zu korrigierende Fehlentwicklung.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Mirko Düsterdieck

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender